

Zürich, 18. September 2025

Medienmitteilung

Kantonale Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen (Wohnungsinitiative)

Mehr bezahlbaren Wohnraum: GLP fordert pragmatische Lösungen zur Förderung der Bautätigkeit

Steigende Mieten und die angespannte Marktsituation bewegen die Bevölkerung! Mietende, Vermietende und Eigentümer:innen sind gefordert. Darum unterstützen die Grünliberalen den Gegenvorschlag der Regierung. Dieser setzt auf Flexibilität, Effizienz und Anreize für den Bau bezahlbarer Wohnungen. Die Grünliberalen lehnen die kantonale Wohnungsinitiative ab, weil sie die private Bautätigkeit mindert und so neuen Wohnraum verhindert.

Kantonsrätin Monica Sanesi: «Die GLP bewegt sich bewusst zwischen den Polen. Wir wollen keine radikalen Eingriffe und blockierende Massnahmen. Wir fordern eine pragmatische lösungsorientierte Wohnpolitik. Darum lehnen wir die Wohnungsinitiative ab. Wir sagen Nein zu mehr Bürokratie, weil Bürokratie den Wohnungsbau verhindert anstatt fördert.»

Aus der gutgemeinten Initiative für mehr bezahlbaren Wohnungsbau ist ein Bürokratie-Monster mit vielen Nachteilen entstanden: Die Initiative verhindert die private Bautätigkeit, birgt Risiken für den Staatshaushalt und führt zu massiven Eingriffen in die Wirtschaftsfreiheit. Fraktionspräsidentin und Kantonsrätin Christa Stünzi mahnt: «Ein Eingriff des Kantons in den Markt würde diesen zusätzlich verzetteln, anstatt Bautätigkeit zu stärken. Es ist Aufgabe des Kantons, attraktive Bedingungen für Investoren zu schaffen, damit mehr Wohnraum entsteht und das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen grösser wird. Wir brauchen wirksame Hebel in der Gesetzgebung. Und auf keinen Fall neue staatliche Strukturen und marktwidrige Eingriffe.»

Mit dem Gegenvorschlag des Regierungsrats können Kanton und Gemeinden durch günstige Rahmenbedingungen das Angebot an bezahlbarem Wohnraum sichern und fördern. Konkrete Massnahmen werden nach Annahme des Gegenvorschlags innert drei Jahren vorgelegt. Dieser Fokus ist im Sinne der Grünliberalen: Auf die Erleichterung und Beschleunigung von Bauvorhaben, etwa durch weniger Regulierung, flexiblere Zonenvorschriften und optimierte Nutzung bei bestehenden Bauten. Kantonsrätin Monica Sanesi ist überzeugt: «Konkrete Massnahmen sind schon vor der Frist von drei Jahren möglich. Ein Zürich Finish ist nicht notwendig.»

Kontaktpersonen für Medienanfragen

Monica Sanesi, Kantonsrätin, Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), 079 339 98 21

Christa Stünzi, Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin, 079 771 76 63